

AUS DER REGION

Teure Orgel-Restaurierung

LEMWERDER (HJ). Die evangelische Kirchengemeinde Altenesch steht kurz vor der Realisierung eines von der EU geförderten Projekts: der aufwändigen Restaurierung der historischen Wilhelmi-Orgel. Sie soll der Nachwelt in einem guten Zustand erhalten bleiben. Das kostet 270 000 Euro, die die Landeskirche nicht aufbringen kann.

Wolf Vogel löst Rudolph ab

TARMSTEDT (ENE). Tarmstedt soll einen neuen ehrenamtlichen Bürgermeister bekommen: Wolf Vogel (SPD) ist designierter Nachfolger von Jürgen Rudolph (CDU), der das Amt annähernd 16 Jahre lang inne hatte. Die SPD hatte mit 47,5 Prozent der Stimmen in der Gemeinde erstmals eine Kommunalwahl gewonnen.

Gasalarm in Achim

ACHIM (KAN). Ein Fußgänger, der in eine nicht gesicherte Baugrube gestürzt war, löste am Mittwochabend in Achim Gasalarm aus: Bei seinem Sturz hatte der Mann einen Verschlussstopfen an einer Gasleitung abgebrochen. Weil Explosionsgefahr bestand, evakuierte die Feuerwehr die Bewohner eines Wohnblocks. Der Mann kam mit leichten Verletzungen davon.

Brunnenwasser unter der Lupe

SYKE (MIC). Wie ist die Qualität des eigenen Brunnenwassers? Diese Frage ließen sich gestern in Syke 46 Besitzer privater Brunnen beantworten. Der Verein „VSR-Gewässerschutz“ hatte mit seinem so genannten Labormobil in Syke Station gemacht. Er bot die Untersuchung von Wasserproben auf Nitrate, Krankheitserreger und Schwermetalle an.

Delmenhorster Bildersammlung

DELMENHORST (PDN). Impressionen aus dem Delmenhorst der 20er Jahre bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt ein historischer Kalender, den der Heimatverein herausgegeben hat. Es ist die erste Bildersammlung dieser Art in der Delmestadt. Der Kalender soll Erinnerungen an alte Zeiten wachhalten. Er ist in mehreren Buchhandlungen in der Innenstadt erhältlich.

Stadtviellen-Projekt kommt voran

OSTERHOLZ-SCHARMBECK (MSS). Nach den Erdarbeiten stehen von nächster Woche an die Gründungsarbeiten für das Stadtviellen-Projekt in Osterholz-Scharmbeck an. Ein Vollersoder Unternehmer baut auf dem Gelände der früheren Gaststätte „Waldhaus“ insgesamt 16 Eigentumswohnungen. Im November nächsten Jahres sollen die Stadtviellen fertig sein.

Brandstiftung ermittelt

VERDEN (VL). Nach dem zerstörerischen Feuer in einem Fachwerkhaus in der Verdener Altstadt gehen die Ermittler von Brandstiftung aus. Dies hätten Spuren bei den Untersuchungen ergeben, teilte die Polizei in Verden gestern mit. Hinweise auf eine vorangegangene Explosion gebe es nicht. Den Schaden bezifferten die Beamten auf rund 200 000 Euro.

Boxen in der Schule

WEYHE-LEESTE (GW). Schüler lernen Boxen: Zusammen mit dem „Boxing 46“ richtet die KGS Leeste von November an eine Box-Arbeitsgemeinschaft ein. Der Zuspruch ist gut. Ein Pädagogikstudent trainiert die Schüler. Neben Kondition soll das Training den Jugendlichen Disziplin und Selbstbeherrschung vermitteln - Boxkämpfe sind verboten.

Entwarnung nach 30 Minuten

Fünf Bomben-Blindgänger entschärft

Von unserem Mitarbeiter
Georg Jauken

LEMWERDER. Die Blindgänger, die im Lemwerdener Ortsteil Depenfleth nahe der Bauung am Mellumring gefunden wurden, sind entschärft. Gestern Nachmittag waren die Bombenexperten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes der Zentralen Polizeidirektion Hannover im Einsatz, um die fünf Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg zu entschärfen und wegzuschaffen. Zwischenfälle gab es keine.

Das Entschärfen der Bomben mit jeweils zwei Zündern dauerte nur etwas länger als eine halbe Stunde. Weil der Übertragungsmechanismus in einigen Fällen stark oxidiert war, erwies sich der Ausbau der Zünder nach Angaben des Kampfmittelbeseitigungs-Experten Oltmann Harms als schwierig. Dennoch konnten alle Zünder entfernt und sicher gestellt werden.

Während der Entschärfung durften rund 750 Bewohner im Umkreis von 500 Metern zur Fundstelle ihre Häuser aus Sicherheitsgründen vorübergehend nicht betreten. Etwa 35 Anwohner wurden vom Deutschen Roten Kreuz in den Räumen des Kulturzentrums Begu betreut. Erst im vergangenen Juni war ganz in der Nähe der jetzigen Fundstelle eine Zehn-Zentner-Bombe unschädlich gemacht worden.

„Die schöne Zeit mit Walter“

Wirtschaftsminister Hirche steht nach den Transrapid-Pannen massiv unter Druck

Von unserem Redakteur
Norbert Holst

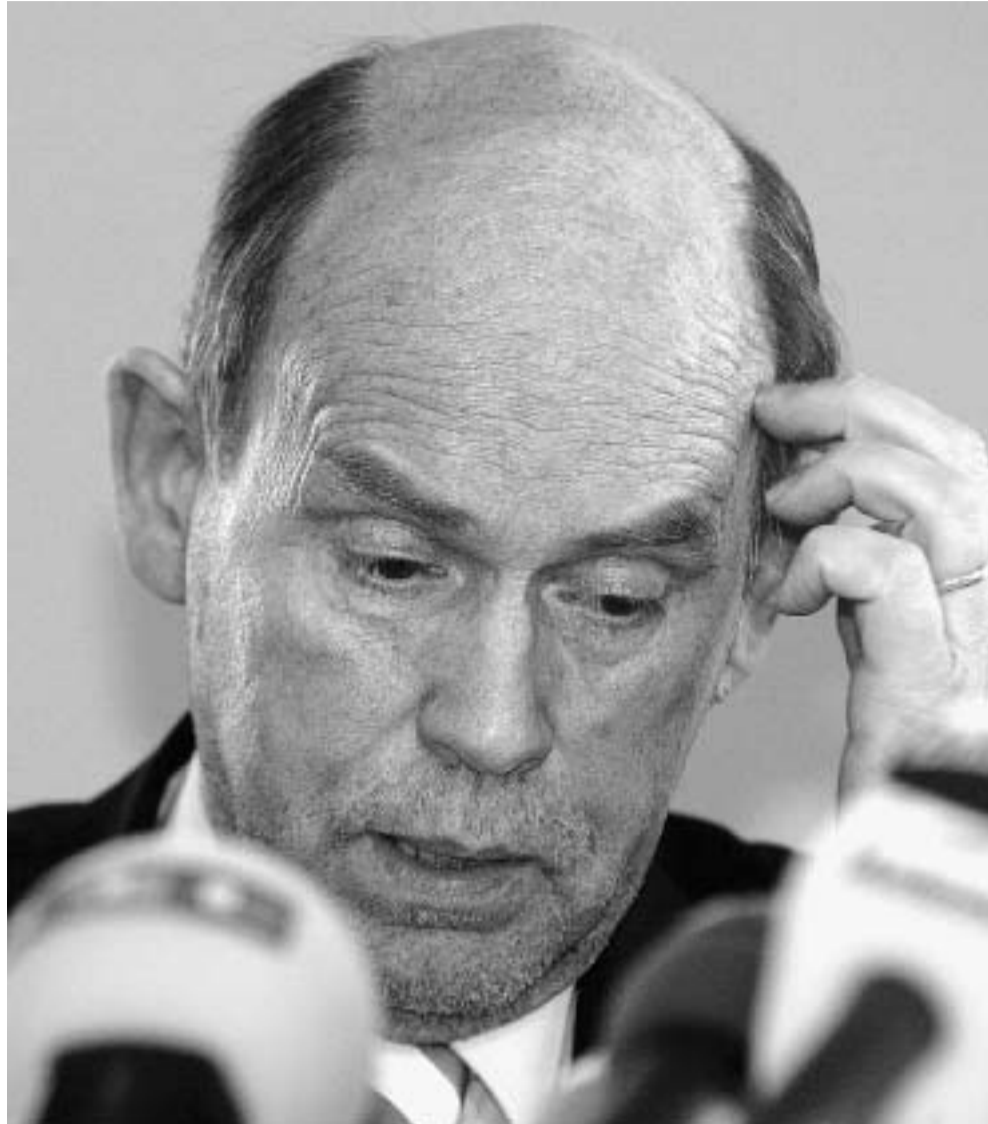
HANNOVER. Er ist kein Freund der lauten Töne. Konflikte löst Walter Hirche lieber im Stillen. Und so sind es für seine Verhältnisse schon starke Worte, wenn er der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr öffentlich eine „offenbar unzureichende Informationspolitik“ vorwirft.

Der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr steht unter Druck. Nur scheinbar kamen nach dem schrecklichen Transrapid-Unglück vom 22. September die vorgegangenen Störfälle auf der Teststrecke im Emsland ans Licht. Der FDP-Mann machte dabei keine glückliche Figur: Am vergangenen Freitag und am Mittwoch musste er vor der versammelten Presse in Hannover kleinlaut zugeben, was ohnehin bereits durchgesickert war.

Und mittlerweile stellen sich nicht nur die oppositionellen Grünen die Frage, „ob die mangelhafte Informationspolitik des Ministeriums Ausdruck von Unkenntnis oder Vertuschungsabsicht ist“. Hirche ist tief getroffen von solchen Vorwürfen. Nach außen gibt er sich gewohnt souverän. Doch: „Der ist kurz vor dem Platzen“, hört man aus der Umgebung des Ministers.

Dabei kennt der 65-Jährige wie kaum ein anderer die Höhen und Tiefen des Politik-Geschäfts. Seit mehr als drei Jahrzehnten ist der gebürtige Leipziger mittendrin. 1974 begann er als Landtagsabgeordneter, war später FDP-Fraktionsvorsitzender, Wirtschaftsminister unter Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), Wirtschaftsminister in der Ampelkoalition Manfred Stolpes (SPD) in Brandenburg und Parlamentarischer Umwelt-Staatssekretär in der Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU). Sein größter Triumph: 2003 führte er die Niedersachsen-Liberalen aus der politischen Bedeutungslosigkeit direkt auf die Regierungsbank.

Damals, in den Koalitionsverhandlungen mit CDU-Chef Christian Wulff, lobte er die „gute menschliche Basis“ der schwarz-gelben Allianz. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Über „die schöne Zeit mit Walter“, sinnieren bereits einige Christdemokraten. So, als wäre die bereits Geschichte. Soweit ist es noch nicht, doch schimmert da ein wenig die Angst vor der liberalen Nachwuchsrage um Philipp Rösler



Nach den erst verspätet bekannt gewordenen Transrapid-Pannen massiv unter Druck: Wirtschaftsminister Walter Hirche.

FOTO: DPA

durch. Der selbstbewusste FDP-Landeschef sticht gern mal gegen die CDU. Hirche hingegen gilt als seriöse Stütze der Koalition.

Er gehörte nie zur Spaß-Fraktion seiner Partei. Sein Naturell ist dafür auch etwas zu spröde, und das rhetorische Talent hält sich in Grenzen. Doch diese Defizite sind schnell

vergessen, wenn Hirche den „elder statesman“ mimt. Dazu gehört für ihn Fairness. Nachtreten war nie der Stil des früheren Geschichtslehrers. Wie auch seine politische Laufbahn bislang frei von Pannen oder gar Skandalen war. Erst mit dem Transrapid hat die weiße Weste einen Fleck bekommen.

NPD will in Göttingen und Celle aufmarschieren

Richter erlauben Kundgebung vor dem Göttinger Bahnhof / 6000 Polizisten sollen im Einsatz sein

Von unserem Mitarbeiter
Reimar Paul

GÖTTINGEN. Die rechtsextreme NPD will am Sonnabend, 28. Oktober, in Göttingen und Celle aufmarschieren. Das niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) genehmigte gestern eine NPD-Kundgebung vor dem Göttinger Bahnhof. „Demonstrationsinteressierte Personen“ könnten von dort nach Celle weiterreisen, kündigt die Göttinger NPD im Internet an. Neonazi-Gegner haben erklärt, sie wollten in beiden Städten gegen die Extremisten auf die Straße gehen.

Adolf Dammann aus Stade, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, hatte für den 28. Oktober zunächst eine mehrstündige Demonstration in Göttingen angemeldet. Nachdem die Stadt diese verboten hatte, erlaubte das Göttinger Verwaltungsgericht den Rechtsextremisten immerhin noch eine Kundgebung vor dem Bahnhof. Dagegen legten sowohl die Stadtverwaltung als auch die NPD Beschwerde ein. Gestern bestätigte das Oberverwaltungsgericht nun die Entscheidung der Vorinstanz. Eine mehrstündige Demonstration der Neonazis durch

die Universitätsstadt müsse von mehr als 6000 Polizisten geschützt werden, argumentierte das OVG. In diesem Fall sei eine ausreichende Polizeipräsenz im Umland nicht mehr zu gewährleisten.

Den Einwand der Stadt, Gewalttaten seien selbst bei einer zeitlich und räumlich beschränkten Kundgebung nicht zu verhindern, ließ das OVG nicht gelten. Die Richter wiesen auch das von der Stadt angeführte Argument hoher Kosten für den Polizeieinsatz zurück. Der Landeshaushalt sei als Rechtsgut weniger schützenswert als die Versammlungsfreiheit.

Dammann, der die NPD enger mit den Neonazis aus den so genannten „Freien Kameradschaften“ verzahnen will, will eine Demonstration durch die Stadt durchsetzen. Er kündigte an, gegen die OVG-Entscheidung Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen.

Die NPD marschiert bereits zum dritten Mal innerhalb eines Jahres in Göttingen auf. Im Oktober 2005 hatten die Rechten ihren Zug durch die Stadt nach wenigen hundert Metern wegen massiver Proteste tausender Gegendemonstranten abbrechen

müssen. Gegner der Neonazis blockierten Kreuzungen, im Universitätsviertel brannten dutzende Barrikaden. Die Polizei stoppte die Neonazis schließlich und geleitete sie zurück zum Bahnhof.

Im Mai diesen Jahres konnten die Rechten gar nicht erst losmarschieren. Das Oberverwaltungsgericht hatte ein von der Stadt verfürgtes Demonstrationsverbot bestätigt und den Neonazis lediglich eine Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz erlaubt. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte, dass die Rechtsextremisten mit den etwa 6000 Gegendemonstranten aneinander gerieten. Auch dieses Mal sind Proteste gegen den Aufmarsch angekündigt. Den Aufruf zu einer Gegendemonstration haben nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Göttingen bereits mehr als 40 Parteien und Initiativen unterzeichnet.

Göttingens Polizeichef Hans Wargel hat angekündigt, am 28. Oktober erneut 6000 Beamte einzusetzen. Der Fraktionschef der Grünen im Landtag, Stefan Wenzel, nannte das gestern „völlig überzogen“. Mit dem angekündigten Großaufgebot werde „viel Steuergeld verplempert“.



Schiff droht nach Havarie auf der Hunte auseinander zu brechen

Bei einer Schiffshavarie nördlich von Berne (Kreis Wesermarsch) hat sich gestern ein Frachter quer in die Hunte gelegt und drohte am Abend auseinander zu brechen. Das Schiff ist

nach Angaben der Wasserschutzpolizei unbeladen, hat aber 7000 Liter Treibstoff an Bord. Der 52 Meter lange Frachter liege mit beiden Enden an den Ufern fest. Der Schiffsverkehr wurde

eingestellt. Wie es zu dem Unfall kam, sei noch unklar. Einsatzkräfte hielten Ölsperren bereit, um möglicherweise auslaufenden Treibstoff aufzufangen.

FOTO: FR

Ausschuss nach Transrapid-Unfall?

Hirche weist Kritik an Aufsicht zurück

HANNOVER (DPA). Der niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) hat Kritik der Opposition an seiner Aufsicht über die Transrapid-Versuchsstrecke im Emsland zurückgewiesen. Nach dem Unglück der Magnetschwebebahn mit 23 Toten werde das Ministerium nun die Genehmigungsbehörde ins Visier nehmen. Daneben prüfe die Staatsanwaltschaft weiter die Frage des Verschuldens, sagte Hirche gestern in Hannover. Die Grünen forderten einen Untersuchungsausschuss.

Hirche will die Abläufe und das Informationsgebaren in der Genehmigungsbehörde prüfen. „Gerade weil wir nichts vertuschen wollen, haben wir mit dem Landesrechnungshof eine unabhängige Behörde beauftragt.“ Erst jüngst war bekannt geworden, dass es seit 1987 neun Zwischenfälle an der Teststrecke gegeben hatte.

Er sei „sehr ärgerlich“ über die äußerst schleppenden Informationen, die ihm „in Raten und in Häppchen“ zur Verfügung gestellt worden seien, erläuterte Hirche. Deshalb habe er sich zu dem ungewöhnlichen Schritt entschlossen, seine nachgeordnete Behörde von unabhängigen Prüfern untersuchen zu lassen. Der Bericht soll auch den Fraktionen zugeleitet werden.

Hirche sagte, er habe am 10. Oktober den TÜV beauftragt, um zu prüfen, ob alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden seien, was die früheren Vorfälle betreffe. Aus den jeweiligen Vorkommnissen seien Konsequenzen gezogen worden. „Man kann nicht erkennen, dass an irgendeiner Stelle geschlakt worden wäre.“

Eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof hält der Grünen-Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel nicht für sinnvoll. Er forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um die „unzureichende Informationspolitik“ des Ministeriums zu klären. „Es ist originäre Aufgabe des Parlaments, die Vorgänge innerhalb des Ministeriums und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu untersuchen und zu hinterfragen“, sagte Wenzel.

Die SPD erklärte, ihr genüge eine rückhaltlose Aufklärung durch den Landesrechnungshof. Allerdings müssten in die Prüfung auch die politische Verantwortung Hircches und seines Ministeriums einbezogen werden – dem die Sachverständigen nicht angehören dürften.

KURZ GEFASST

Bei einem Unfall mit einer Pferdekutsche im Wattenmeer vor Cuxhaven sind eine 70-Jährige und ihre neun Jahre alte Enkelin leicht verletzt worden. Aus ungeklärter Ursache habe sich bei dem Unfallwagen das rechte Vorderrad gelöst, und die Kutsche sei umgestürzt, teilte die Polizei mit. (DPA)

Die Krabbenfischer wollen ihren Protest gegen zu niedrige Preise fortsetzen. In dieser Woche werde bis auf wenige Ausnahmen kein Kutter mehr auslaufen, teilte die Vereinigung der europäischen Krabbenfischer gestern in Oldenburg mit. Von Montag an soll die Fangmenge von fünf auf zwei Tonnen pro Kutter beschränkt werden. (DPA)

Im Alkoholrausch hat sich ein 17-Jähriger in Garbsen bei Hannover in der Nacht zum Donnerstag eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei geliefert und ist danach aus acht Metern Höhe aus seinem Elternhaus gesprungen. Beamte fesselten den nur Leichtverletzten an Händen und Füßen und brachten ihn in eine Klinik. (DPA)

Mit Anti-Nazi-Symbolen wollen die Grünen in Niedersachsen trotz juristischer Auseinandersetzungen weiter auf die Gefahren des Rechtsradikalismus hinweisen. In Hannover verteilten gestern die Bundesvorsitzende Claudia Roth, die Landesvorsitzende Susanne Leifheit und Vertreter der Grünen Jugend Plakate, auf denen ein Hakenkreuz in einer Mülltonne versenkt wird. (DPA)

Nur mit Hilfe der Polizei ist eine Frau aus Hannover gestern rechtzeitig zu einer Nierentransplantation gekommen. Als nach acht Jahren Wartezeit eine passende Spenderniere gefunden war, konnten die Mediziner die 41-Jährige nicht erreichen. Mehrere Streifenwagen suchten die Frau mit Hilfe von Lautsprecherdurchsagen und wurden schließlich am Messegelände fündig. (DPA)

Der Bund will die Zivildienstschule in Buchholz (Kreis Harburg) aus Kostengründen schließen. Der Betrieb werde Ende Dezember 2008 eingestellt, sagte Rüdiger Löhle, Sprecher des Bundesamtes für Zivildienst in Köln. Die Schließung koste mehr als 20 Arbeitsplätze. (DPA)

Eine Serie von Diebstählen hochwertiger Autos nach der so genannten „Homejacking“-Methode in Norddeutschland reißt nicht ab. Rund 40 mal seien Unbekannte in den vergangenen Monaten in Häuser eingebrochen, um Autoschlüssel zu stehlen und dann mitsamt der zugehörigen Autos zu verschwinden, teilte die Polizei mit. (DPA)

REDAKTION NIEDERSACHSEN

Telefon: 04 21 - 36 71 32 05
Telefax: 04 21 - 36 71 10 28
E-Mail: niedersachsen@btg.info